

Feilschen um die Sozialkosten

Kantonsrat Die Gemeinden müssen künftig weniger Ergänzungsleistungen zahlen.

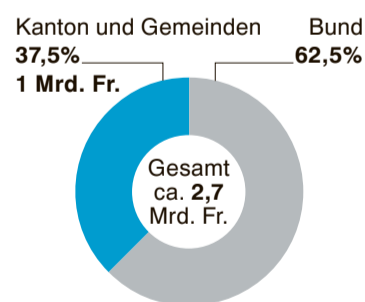
Laura Huonker (AL, Zürich) sprach von einem «Basar», und sie hatte nicht ganz unrecht: Gestern lagen zwar nur noch zwei Vorschläge auf dem Tisch, wie weit der Kanton die Gemeinden bei den Ergänzungsleistungen zu AHV und IV entlasten soll. Aber selten hat der Kantonsrat derart um die Verteilung von Kosten gefeilscht.

Schon die Ausgangslage war vertrackt. Heute zahlt der Bund 62,5 Prozent der Gesamtkosten, den Rest teilen sich Kanton und Gemeinden im Verhältnis 44 zu 56. Für die Gemeinden ist das ein Ärgernis, denn die Ergänzungsleistungen sind in vielen Budgets ein gewichtiger Posten, dessen Höhe sie nicht beeinflussen können. Die Gemeinden drängten deshalb schon lange auf einen höheren Kantonsanteil. Beim Kantonsrat stiessen sie auf offene Ohren – um eine Lösung aber rang die vorberatende Kommission rund fünf Jahre lang. Der Vorschlag der Gemeinden, der Kanton solle 80 Prozent der Kosten übernehmen, erwies sich rasch als nicht mehrheitsfähig. Schliesslich einigten sich die Fraktionen auf einen Kompromiss, der solide schien: Der Kanton soll 70 Prozent zahlen, die Gemeinden 30.

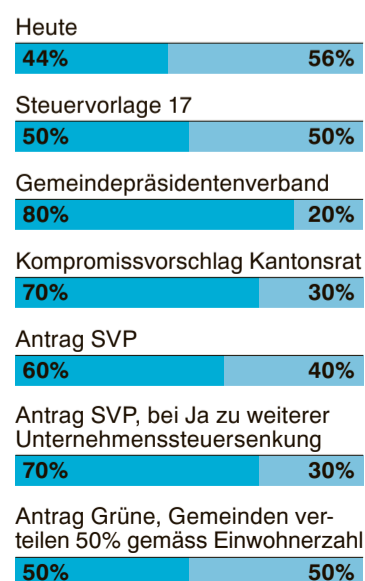
Abseits standen nur die SVP, welche die Neuordnung ablehnte, und die Grünen, die vorschlugen, die Gemeinden sollten die Hälfte der Kosten tragen, aber solidarisch unter sich aufteilen.

So sollen die Kosten verteilt werden

Gesamtkosten für Ergänzungsleistungen zu AHV und IV



Vorschläge zur Aufteilung der 1 Milliarde Franken zwischen Kanton und Gemeinden



Grafik: niz / Quelle: Kantonsrat

Unabhängig davon, lobbyierten die Gemeinden auch während der Beratungen für die Steuervorlage 17 für ihr Anliegen. Mit Erfolg: Der Kanton sicherte ihnen als Kompensation für Steuerausfälle zu, die Hälfte der Ergänzungsleistungen zu übernehmen – und versprach, den Kantonsanteil auf 53 Prozent zu erhöhen, wenn die Firmensteuern in zwei Jahren um ein weiteres Prozent gesenkt würden.

Auch die AL ist skeptisch

Falls der geneigte Leser den Überblick verloren hat: Das ist bei einem Basar normal. Wichtig zu wissen ist einfach noch dies: Die SVP reichte nach dem Ja zur Steuervorlage 17 einen weiteren Antrag ein, in dem sie einen Kantonsanteil von 60 Prozent vorschlug, der auf 70 Prozent erhöht werden könne, falls die Unternehmenssteuer um ein weiteres Prozent sinke. Der Kommissionsvorschlag sei «ein Griff in die Kantonstasche auf dem Buckel des Mittelstands», so Stefan Schmid (Niederglatt). Der Mittelstand müsse auf eine Steuersenkung verzichten, während die Neuverteilung der Ergänzungsleistungen den Kanton 200 Millionen koste.

Für den Vorschlag der SVP konnte sich nur die FDP erwärmen – sehr zum Unwillen von Jörg Kündig (FDP, Gossau), der sich offen gegen seine Fraktion stellte und letzte Woche als Präsident des Gemeindepräsi-

denverbands allen Ratsmitgliedern einen Brief schickte, in dem er um ein Ja zum 70-30-Kompromiss bat. Die Mehrheit seiner Fraktion war anderer Meinung. «Wir sind hier nicht nur für unsere Gemeinde verantwortlich», sagte Hans-Peter Brunner (Horgen), «sondern für das Wohl des gesamten Kantons.»

Alle anderen Fraktionen sprachen sich für den 70-30-Kompromiss aus – mit einer Ausnahme, von der noch die Rede sein wird. Céline Widmer (SP, Zürich) bezeichnete die Lösung als fair; sie mindere den Anreiz für Gemeinden, arme Senioren möglichst loszuwerden. Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) erinnerte daran, dass etliche andere Kantone die Ergänzungsleistungen voll zahlen. Selbst die Grünen zogen ihren Antrag zurück und schwenkten auf die sich abzeichnende Mehrheitsmeinung um, «obwohl wir damit nicht zufrieden sind», wie Silvia Rigoni (Zürich) sagte.

Skeptisch zeigte sich die AL. «Wie finanzieren wir das?», fragte Markus Bischoff (Zürich) und gab die Antwort gleich selbst: «Eigentlich müssten wir dafür die Steuern erhöhen.» Das allerdings stand im kantonsrätlichen Basar nicht zur Diskussion. In der Schlussabstimmung in rund vier Wochen dürfte der Kompromissvorschlag genehmigt werden. Die FDP wird Ja sagen. Die AL hat noch nicht entschieden.

Liliane Minor